

Beitrag: Wurde im Zusammenhang einer Strafanzeige verfasst. Soll vermitteln, dass Strafanzeigen nichts bringen: Aussagen wie Überlastung, Zuständigkeit, Verfahrenswege die einzuhalten sind - so regieren Behörden, Staatsanwaltschaften und Gerichte in Deutschland. Durch den Gesetzgeber und damit eines jeden Abgeordneten vorgegeben. Jeder Fall wenn überhaupt in Arbeit gebracht - wird immer wieder neu verhandelt - da der Gesetzgeber nicht handeln darf. Was letztlich die Regierung zu verantworten hat. Leugnet aber - dass jeden Bürger verpflichtet - bei einem Nicht-Handeln entsprechender Organe - es zur Anzeige zu bringen. Und diese Organe auf jeden Fall reagieren, prüfen, handeln und abändern müssen. Sogar verpflichtet es den zuständigen Organen - mit einer Rückantwort - zu übergeben, wenn der offizielle Weg nicht funktioniert. Hier Rechtsvorschriften, Verfahrensregeln und Gewaltenteilung außer Kraft gesetzt sind. Noch schlimmer: Regierungsorgane und die Regierungsführungskräfte entgegen ihrem Eid - schweigen. Schweigen gegenüber jedermann - keine Kontakte, noch Erwiderungen, Richtigstellungen oder Einsichten für die künftige Arbeit. Der sich äußernde Bürger zum Täter gestempelt - gemacht. Was letztlich und eindeutig - unter Leugnern - einzuordnen ist.

Sicher gefällt ihnen dieser Beitrag nicht: Ja in der Tat nicht für den EuGH - nein mehr bzw. überhaupt für den Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte den Haag (The International Court of Justice, ICJ). **Gesucht aber die**, die es auf Grund aller Gegebenheiten und all meinen Aufzeichnungen dorthin verbringen.

Ja, es reicht und in der Tat wurde in Deutschland die Jugend so beeinflusst, dass Fehler aller jetzigen und damaligen Regierungen der letzten 70 Jahre - nicht in Verantwortung der Regierung steht bzw. stand. Ja auch von ihnen regelrechte schwere Hetze ausgeht - so ein friedliches Nebeneinanderleben auch künftig verhindert. Ständig aber auf Kosten und zu Kosten seiner Bürgen das Erwirtschaftete rechtswidrig veräußert: Die Schuld seinen Bürgern anlastet.

Was hat sich nach 2008 (Bankenkrise) geändert: Nichts, keine Lehren hieraus gezogen oder entsprechende Riegel (Gesetze) gesetzt. So um Einsicht rechtswidrig wirbt. Die Geldwährung DM am Boden - gegenüber heutigen Umrechnung und noch zusätzlich mit Negativzinsen belastet. Ja, die EZB im Handeln und in jetziger Unabhängigkeit ist rechtswidrig nach der deutschen Gesetzgebung. Ebenso der dortige Ankauf.

Ja, auch die Schuld der weltweiten Massenbewegungen ist bei der EU - im besonderen Deutschland - zu suchen. Sie lesen richtig. Und teils sicher auch so gewollt: So lassen sich auch Kriege gegen Deutschland und der EU führen. Auch das wurde nicht erkannt. 70 Mill. Flüchtlinge sind ja gut - weltweit verteilt - weit weg. Vergisst aber die täglichen Verhungerten der ganzen Welt. Spekuliert aber weiter an der Börse mit Nahrungsmitteln, da ja seinen Aktionären schuldig. Nein, Europa hat und wird weiter versagen - steht vor einem Abgrund.

Erhält auf Biegen und Brechen - was nicht erhaltenswert ist. Aufwand, Kosten und Ergebnis stehen im Dissens. Alles weitere zu Verfahrensabläufen, Grenzsicherung, Hilfe und Anderes ist allen vorliegenden Aufzeichnungen zu entnehmen. Wer es wünscht auch eine buchmäßige Zusammenfassung. Aber nicht für jedermann nötig, da das meiste online steht. Geschrieben für Generationen nach 2030 - heutige kann und will es nicht erkennen - sich dagegen wehren.

Und sicher wäre ein vereintes Europa wünschenswert - so aber nicht.

Der Freiheitsbegriff, Demokratie und Selbstbestimmung völlig falsch von der Regierung vermittelt: Was wirklich in Deutschland läuft zeigt ein Video am Tag der Deutschen Einheit - ZDF 43min. Der interviewende konnte einiges nicht nachvollziehen - zu jung - nun aber schon.

Aber bitte beachten, es geht vielen im Lande gut bis sehr gut. Kann daher nicht auf alle, aber eben auf viele bezogen - die nicht nur vergessen und regelrecht geleugnet - eingegangen werden. Beiseite stellte - das GG mehr in Deutschland eine Lachnummer. Und eben auch auf Kosten, die durch Ihre Arbeit und Ehrenamt - ihren Beitrag leisten können. Beachten Sie diese Wortwahl. Ja das Geld liegt in der Tat auf der Straße - muss sich nur bücken - Insolvent, Ausbeutung, Missachtung aller Gesetze, Ehrprobleme und Wohnungsaufgabe - kein Problem.

So wundert man sich, warum die Kommunen Bundesgelder nicht - auch nicht der EU - abrufen. Weil der Eigenanteil nicht aufgebracht werden kann. Ihnen das Wasser kurz vor dem Ertrinken steht. Was tut die Regierung bereits über viele Jahre: Stopfen - so ihre Politik weiterführen - vertuschen auf Teufel komm raus. Aber eben gewollt und bewusst, denn dann hilft wieder die EU und EZB. Alle sind bzw. werden entschuldet - die dann pensionierten Verantwortlichen bestehen auf hier vollen Sold. Wenn nötig still, heimlich und der Hilfe von Gerichten. Die Deutsche Gesetzgebung macht es möglich. Das Geld hat seinen Wert verloren, eben halt nur Papier und künftig mit Chipkarte ein Verrechnungsbeleg - Geld nur noch eine Zahl.

Zum Video:

„Was ist Freiheit? Was bedeutet sie uns ganz persönlich? Wie frei leben wir – und wo sind wir nicht frei? Das zeigt Jochen Breyer mit der Dokumentation "Am Puls Deutschlands – #unserefreiheit".

<https://www.zdf.de/dokumentation/zdfzoom/am-puls-deutschlands--unserefreiheit-100.html> „

Sie können sich auf diese und alle Veröffentlichungen berufen. Doch Vorsicht, sie als Otto-Normalverbraucher können es nur bedingt beweisen. Hier sind wiederum Staatsanwälte wegen möglicher verbreiteter Hetze nicht zimperlich.

Dieses Schreiben erhält zur Information und Absicherung für künftige Generationen - auch heute, online und gesondert - das BVerfG. Und seien sie sicher - obwohl so rechtlich, gesetzgeberisch nicht zulässig: Es wird gelesen werden müssen. Im Besonderen seinem Präsidenten.

Nun zum eigentlichen Auslöser dieses Schreibens:

WDR stellt Strafanzeige wegen Morddrohung gegen "Monitor"-Chef Georg Restle

https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-07/georg-restle-monitor-rechtsextremismus-verdacht-strafanzeige-wdr-tagesthemen?fbclid=IwAR01CB9riqcqyh6_UF7-Nhhv7CHO7iqSoZ08pMo2XXiLnRevY0ksHzk4Bvo

Sehr, sehr traurig was so in Deutschland läuft. Eine - die Ihrige Anzeige - wird aber nichts bringen (kaum, ja es wird künftig noch viel extremer werden - in Verantwortung der Regierung). Es gibt einfach keine entsprechenden Gesetze. Die Möglichkeiten für die Gerichte sind sehr eingeschränkt. Der heutigen Zeit nicht angepasst. Letztlich gilt immer noch die Unschulds-Vermutung.

Also der Nachweis, ob vom entsprechen Inhaber verfasst und verschickt wurde. Deutschland wird sich immer im Kreise drehen, da Verantwortliche nicht in Sicht. Bei jetziger gesetzlichen Abänderung des Mangels - verschärft sich die Lage - noch mehr. Es wurde regierungsmäßig - über viele Jahre versäumt. Da hilft auch kein Donnerwetter mehr. Gründe nicht untersucht - erforscht.

Ich stehe schon Jahre auf Seiten der Gerichte und suche auch mein Recht - vergebens. Verweise auf genau solche Mängel. So sind auch teils viele Gerichtsentscheidungen - gleich welcher Art - nicht mehr nachzuvollziehen.

Beispielweise auch aus dem NSU-Prozess nichts gelernt. Jetzige Prozesse - wie Dieselskandal - wohl wieder 4 Jahre. Auf Kosten und zu Lasten, der eigentlich dringend notwendigen Prozesse. Es nur um die Frage einer Entschädigung geht. Was soll der Unsinn - in max. < 7 Monaten lösbar. Dieser Prozess darf aber überhaupt nicht stattfinden, solange die Schuldfrage nicht geklärt - die Dauer - eigentlich schon über USA geklärt. Auch hier reichten 6 Monate. Wozu die langen Vorbereitungen. Unser Leben ist endlich und sofort zu verhandeln. So wie es Gesetze des Landes vorschreiben.

In Deutschland sind Gesetze nur noch Orientierungen für Gerichte und Umsetzung aller zu ahndenden Straftaten. Mehr nicht: Dafür sorgen schon alle Regierungen und nicht handelnder Rechtspfleger die es aber nicht gibt bzw. ihnen verbieten tätig zu werden. Warum auch: Das Geld aller Abgeordneten stimmt. Und hierzu gehört leider auch unser Bundesverfassungsgericht - dazu verurteilt und ebenso Träger der Schuld. Wiederum der EuGH sich in Angelegenheiten der einzelnen Länder einmischt - im Auftrag der Europäischen Union.

Die Staatsanwaltschaften sind die eigentlichen Verhinderer. Die Entscheider über was, wann, wie, wo und um was verhandelt (warum mit Ziel) wird. Da Unterbesetzt - so wie der Zoll ganz besonders - passiert kaum etwas. Es geht daher nicht nur um die Ausrüstung der Polizei - nein auch um ein stark zu überarbeitendes Polizeiaufgabengesetz (PAG). Dort fängt es überhaupt erst an. Besonders muss die Bereitschaftspolizei - Arbeitsstil und Einsatz ändern. Die Gerichte mit ihren Richterinnen- und Richtern sind eigentlich nur - in der Tat, kaum zu glauben - Gehilfen der Staatsanwaltschaft - nach heutigen Recht (keinesfalls voll frei und unabhängig). Und keiner merkt es. Gerichte sind regelrecht mit ihren fehlenden Richtern am Ende, was auch entsprechende Gruppen wissen. Und die Zahlen steigen sogar bis 2025 so massiv - Deutschland muss sich abschaffen.

Nicht umsonst habe ich mich an Gerichte, Regierungen über Jahre gewendet. Antworten und Kontakte gab es nicht. Und daher wurde es in Schriften (Briefen) für künftige Generationen - zusammengefasst. Was die Regierungen in Deutschland bisher geleistet haben - absolut nichts. Mehr Routine, was man sicher in so einem Amt erwarten kann und darf- ebenso auch Zeitabhängig.

Aufschreiben kann und darf es aber nur jemand der es selbst erlebt. Und da ich aufgrund meiner Erfahrung über Kenntnisse - der Leistungserbringung besitze - kann und darf ich auch die Angreifen - die am wenigsten die Schuld trifft. Denn auch diese sind regelrechte Sklaven (unterdrückte, die keiner Anhören will). Eine Regierung die keinesfalls ihren Namen verdient.

Nicht ohne Grund habe ich gestrigen Einheitstag kommentiert. Würde man die einzelnen Reden ebenso auswerten - nur teilweise gehört, dann füllte dies ein ganzes Buch - bedingt massiver Widersprüche im bisherigem Auftreten gegenüber den Medien und mir ganz besonders. Aber zumindest über eine Vernachlässigung vieler Ostdeutscher gesprochen - dem Ziel - dazuzulernen. Eigentlich ein Witz. Die Schuldfrage - bedingt dem geleisteten Eid - **voll dem Bundespräsidenten und der Bundeskanzlerin** - zuzuschreiben. Was sehr ausführlich nachzulesen bzw. verfolgbar ist. Das werden aber erst künftige Generationen zu bewerten haben. Schlimm es so aufschreiben zu müssen. Aber eben auch hier nötig und wichtig - so sich einiges zu ändern hat. Denn bisher ging und geht es weiterhin - nur um (Welt)Macht.

Und was fordert von Leyen heute von der EU: Beitrittsverhandlungen von Nord-Mazedonien und Albanien, weil die Bedingungen erfüllt. Die EU hat bzw. versagt weiterhin: **Ein solch derzeitiger Forderer** - schon beding massiver Probleme und einem Nichthandeln in Deutschland - hat dort keinesfalls was zu suchen - auch nicht als Präsident (Präsidentin erst mit Amtsübernahme). Nein - nichts wurde verstanden. Frauenquote 50% hat auch dort nichts zu suchen, da Leistung und Leistungserfüllung in einer total verkorksten Europäischen Union gefragt sind. Und nicht nur mit einer Ungleichbehandlung aller Länder zu vergleichen. Schon deshalb dort - vor entsprechender Übernahme - gescheitert. Äußerungen die dort so nichts zu suchen haben. Im Sandkasten aber schon. Anders sieht es aus: Künftig ein solches Ziel anzustreben. Dafür fehlen jetzt aber zu 100% alle Voraussetzungen. Soweit heute nur einige kurze Anmerkungen.

Hans Bachmann
Jena,04.Oktober 2019

Name, Anschrift und Kontaktdaten allen teilnehmenden Institutionen und den Regierungen bekannt.

Auf twitter, facebook und co. hans.bachmann9 (mit und ohne Punkt)
hans.bachmann9@web.de

Und hier nochmals:

Dieses Schreiben erhält zur Information und Absicherung für künftige Generationen - auch heute, online und gesondert - das BVerfG. Und seien sie sicher - obwohl so rechtlich, gesetzgeberisch nicht zulässig: Es wird gelesen werden müssen. Im Besonderen seinem Präsidenten.

Mit einer weiteren Kopie an den jetzigen EU-Kommissionspräsidenten. Antworten kamen immer. Ihm selbst aber nichts Negatives vorzuwerfen. **Sogar mehr ein Dank bisher geleisteter Arbeit.** Eine Arbeit, die auch ihm Grenzen setzte. Eine Neubesetzung fordert jedoch - eine **Europäische Union** - die aus bisherigen Fehlern lernt. Und auf keinen Fall die Politik so oder die verbreitete von Deutschland - weiterführt. Die einzelnen Länder haben in ihren eigenen Ländern viel aufzuarbeiten. So wie es auch jetziger Präsident forderte. Aber nichts geschah: Kann nur für Deutschland sprechen. D. h. eigene Gesetze schaffen, pflegen und umsetzen. So wie es eben die Gesetze und das GG fordern. Dann erst im Rahmen der EU gemeinschaftliche Wege finden. Dann die eigenen Gesetze überarbeiten (anpassen wenn rechtens) und weitere schaffen, veraltete abschaffen. Das ist wahre Politik und erbrachte Leistung im Interesse aller Deutschen und aller EU-Mitgliedsstaaten. Und dazu gehört der Schutz der Grenze - hier der der Europäischen Union. Es geht nicht darum diese zu schließen - aber Erfassung derer die reinkommen - schon. Auch die Handhabung allgemein voll zu überarbeiten. Und dafür gibt es Verantwortliche. Kompromisse sind unangebracht und ein völlig falscher Ansatz. Schutz vor Ort an Land - auch geltend für Deutschland. Die Verantwortung liegt bei allen. Eine EU-Einsatzgruppe (nicht Armee) für ständig und 1 Jahr - ständig vor Ort (generell).